

Initiative für eine nach- haltige und generationen- gerechte Pflegerreform

Fakten und Argumente

www.generationengerechte-pflege.de

Fakten zur Pflegefinanzierung

In Deutschland sind immer mehr Menschen auf pflegerische Versorgung angewiesen. Dies stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen, denn der steigenden Zahl von Leistungsempfängern stehen immer weniger Beitragszahler gegenüber. Gleichzeitig ist ein zunehmender Fachkräftemangel in der Altenpflege zu beobachten. Doch wie lässt sich die Pflege für alle Generationen gerecht und bezahlbar organisieren? Zu dieser Frage hat die „Initiative für eine nachhaltige und generationengerechte Pflegereform“ die wichtigsten Fakten zusammengetragen. Auf den folgenden Seiten finden Sie Informationen zu den Themen Demografie, Herausforderungen in der pflegerischen Versorgung, zur sozialen Dimension der wachsenden Eigenanteile sowie zur Pflegefinanzierung.

Inhalt

1 Demografischer Wandel

2 Herausforderungen für die pflegerische Versorgung

3 Soziale Dimension der Pflegelücke

4 Grenzen der Umlagefinanzierung

5 Alternative Steuerfinanzierung?

6 Private und betriebliche Vorsorge

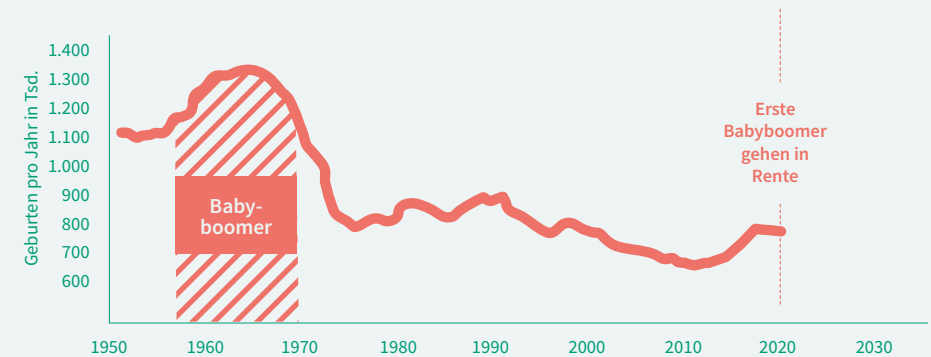
Demografischer Wandel

Die zunehmende Alterung der Gesellschaft wird sich bereits in naher Zukunft deutlich bemerkbar machen – spätestens wenn die Generation der sogenannten Babyboomer in den kommenden fünfzehn Jahren in Rente geht. Damit wird es bereits bis 2030 auch deutlich mehr Pflegebedürftige geben: Hochrechnungen zeigen, dass die Anzahl der Pflegebedürftigen von heute 5,3 Millionen auf knapp 6 Millionen anwachsen wird.

Der wachsenden Zahl an Leistungsempfängern werden immer weniger erwerbstätige Beitragszahler gegenüberstehen. Das zeigt die Entwicklung des Altenquotienten: Heute kommen auf 100 erwerbsfähige Personen bereits 32 Personen im Rentenalter. 2030 werden es 37 sein und 2040 stehen 100 Erwerbsfähigen schon 43 Rentner gegenüber. Diese gravierende Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung ist programmiert. Der umlagefinanzierten Sozialen Pflegeversicherung gehen somit ihre demografischen Voraussetzungen verloren.

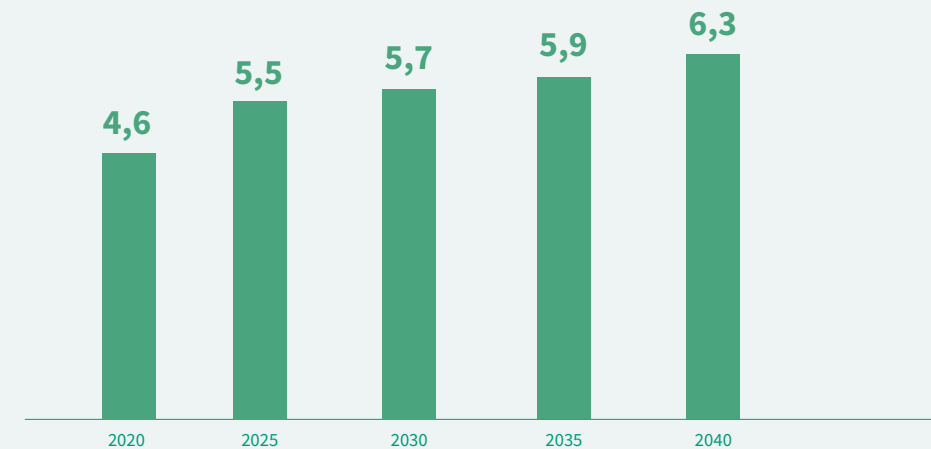


2020/21 gehen die ersten Babyboomer in Rente



Quelle: Statistisches Bundesamt

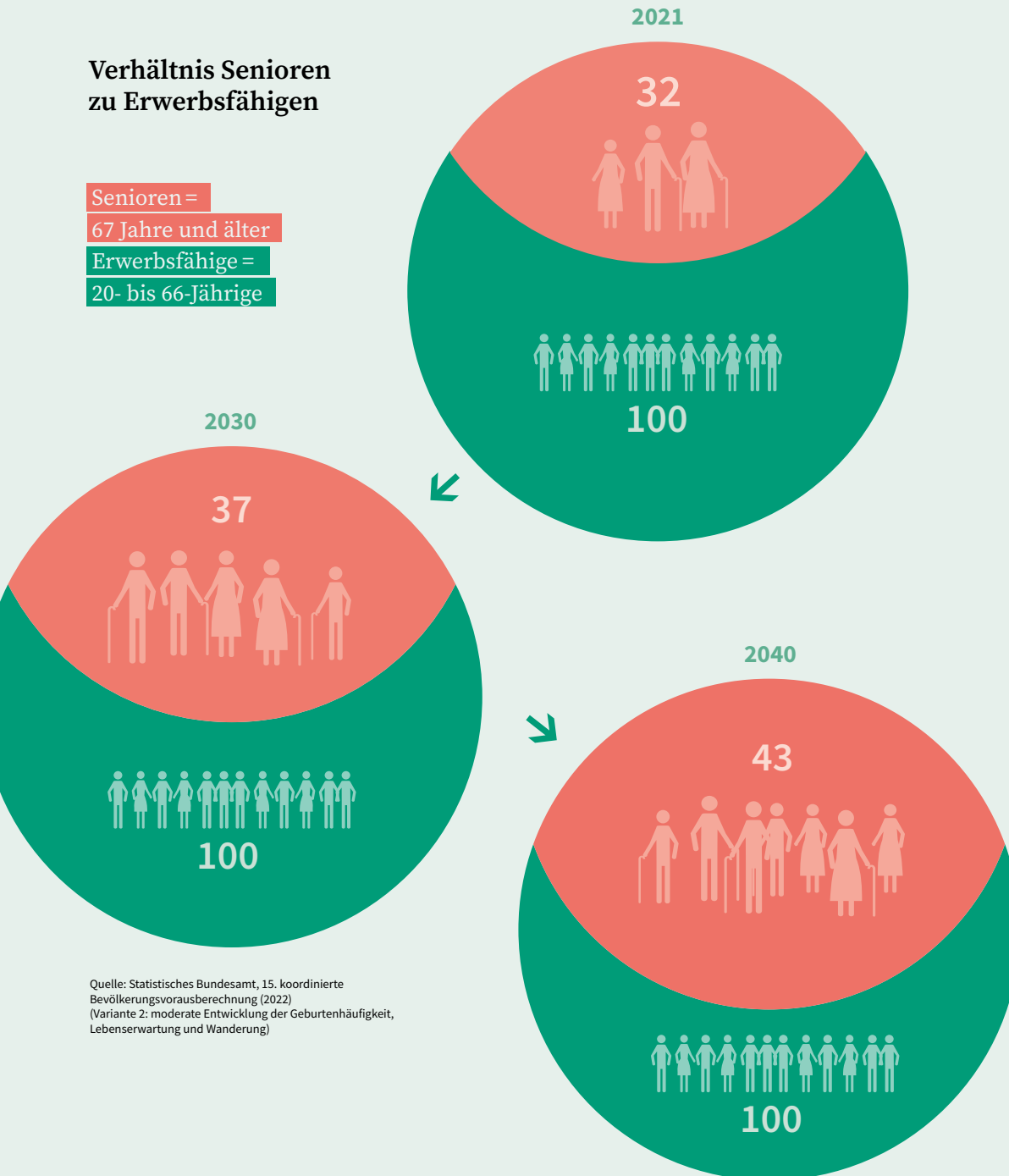
Prognose der Pflegebedürftigen bis 2040 Angaben in Millionen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wissenschaftliches Institut der PKV (2022)

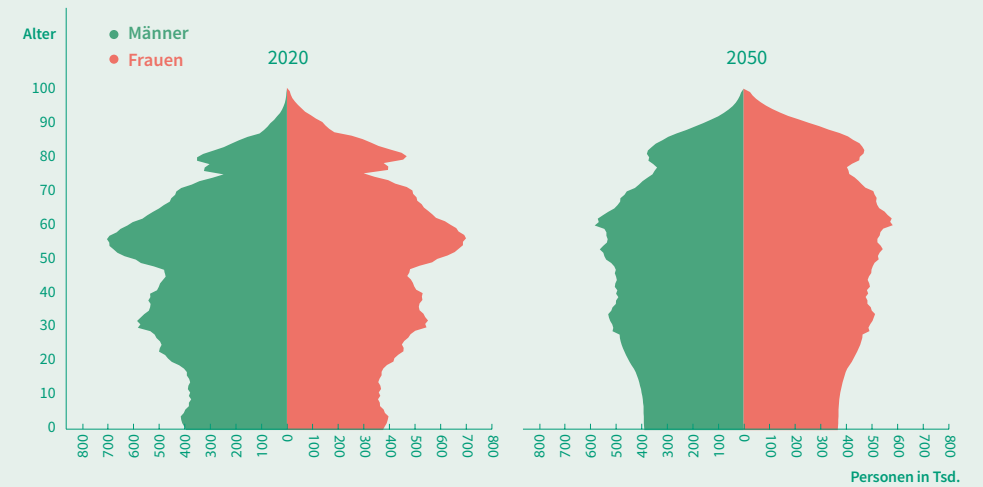
Verhältnis Senioren zu Erwerbsfähigen

Senioren =
67 Jahre und älter
Erwerbsfähige =
20- bis 66-Jährige



Quelle: Statistisches Bundesamt, 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (2022)
(Variante 2: moderate Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Wanderung)

Altersstruktur der Bevölkerung 2020 und 2050



Quelle: Statistisches Bundesamt, 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (2022)
(Variante 2: moderate Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Wanderung)



Herausforderungen für die pflegerische Versorgung

Aufgrund der steigenden Zahl an Pflegebedürftigen wird auch die Nachfrage nach professioneller Pflege durch Pflegedienste und in Pflegeheimen zunehmen. Dafür wird gut ausgebildetes Fachpersonal benötigt, das vielerorts jedoch schon heute fehlt. Laut dem Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung des Bundeswirtschaftsministeriums ist das zur Verfügung stehende Potenzial an arbeitslosen Fachkräften sehr gering: Im Jahresdurchschnitt 2020/2021 standen 100 offenen Fachkraftstellen nur 16 Arbeitslose in der Altenpflege gegenüber. Wissenschaftler der Universität Bremen haben berechnet, dass es bis Ende des Jahrzehnts einen Mehrbedarf an Pflegepersonal im Vergleich zu 2019 von 180.000 Personen gibt.

Dieser Fachkräftemangel besteht trotz steigender Löhne: Laut Statistischem Bundesamt stiegen die Bruttomonatsverdienste von Fachkräften in der stationären Pflege seit 2010 um 32,8 Prozent und von Fachkräften in Pflegeheimen sogar um 38,6 Prozent (Stand Mai 2021). Pflegekräfte in Pflegeheimen verdienen mit durchschnittlich 3.363 Euro pro Monat brutto erstmals mehr als Beschäftigte in der Gesamtwirtschaft durchschnittlich verdienen.

Der eingeführte Tarifzwang wird daher das Problem des Fachkräftemangels nicht lösen, sondern geht vielmehr an den vielfältigen Ursachen des Pflegekräftemangels vorbei.

Lohnentwicklung in der Pflege

Bruttomonatsverdienst von Fachkräften seit 2010 in Euro



Soziale Dimension der Pflegelücke

Was Pflegeheim-Bewohner selbst zahlen

Monatliche Kosten, die die gesetzliche Pflegeversicherung nicht übernimmt. Seit 1.1.2022 gibt es für Heimbewohner einen Zuschuss zum einrichtungseinheitlichen Eigenanteil: 5 % ab dem 1. Monat, 25 % ab 12 Monaten, 45 % ab 24 Monaten, 70 % ab 36 Monaten



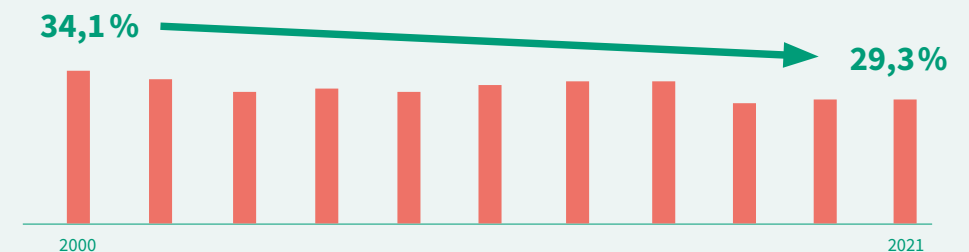
Quelle: PKV-Verband (Stand: 06.01.2023), Werte ohne Sondereinrichtungen, EEE inklusive Ausbildungsvergütung

Die gesetzliche Pflegeversicherung übernimmt nicht alle anfallenden Kosten. Die Differenz zwischen Versicherungsleistungen und Gesamtkosten wird auch Pflegelücke genannt. Bei stationärer Unterbringung im Pflegeheim liegt der Eigenanteil der Pflegebedürftigen laut Pflege-datenbank des PKV-Verbandes (Stand 06.01.2023) im Bundesdurchschnitt bei 2.508 Euro. Diese Summe setzt sich zusammen aus den pflegebedingten Kosten von 1.215 Euro, 450 Euro für Investitionskosten, 507 Euro für die Unterkunft und 336 Euro für die Verpflegung. Hierbei gibt es deutliche regionale Unterschiede. Die höchsten Eigenanteile fallen in Baden-Württemberg (2.875 Euro) an, die geringsten Eigenanteile sind in Sachsen-Anhalt (1.959 Euro) zu zahlen.

Es ist jedoch eine Legende, dass die Eigenanteile an den Pflegekosten eine Armutsfalle seien. Vor Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung bezogen 80 Prozent der Pflegebedürftigen in Einrichtungen Sozialhilfe. Es ist gerade der Pflegeversicherung zu verdanken, dass diese Quote seit über 20 Jahren bei nur noch rund 30 Prozent liegt. Zudem ist es um die Finanzen der heute älteren Generation vergleichsweise gut bestellt. Laut Institut der deutschen Wirtschaft (IW) verfügen rund 70 Prozent der Rentnerhaushalte über ausreichend Einkommen und Vermögen, um einen dreijährigen Pflegeheimaufenthalt zu finanzieren. Nur drei Prozent der über 65-Jährigen erhalten Grundsicherung im Alter.

Empfänger von „Hilfe zur Pflege“

Als Anteil an allen vollstationär versorgten Pflegebedürftigen

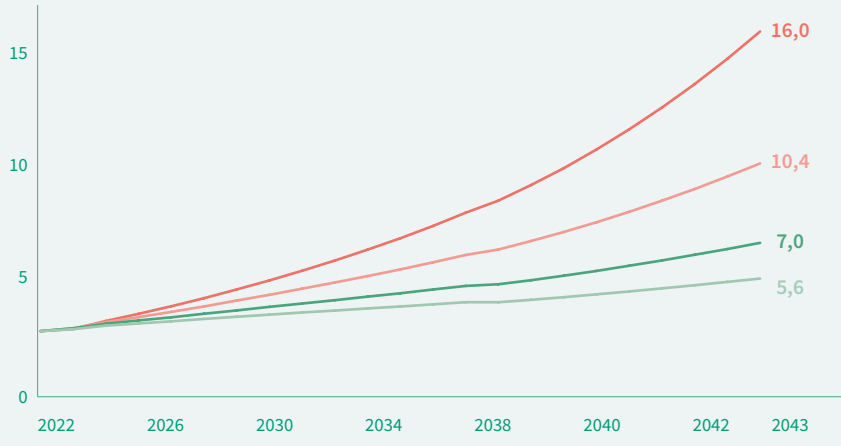


Quelle: Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik (2022)

Grenzen der Umlagefinanzierung

Prognose des Beitragssatzes in der SPV bis 2043 Angaben in Prozent

Einnahmenentwicklung: 3,0% p.a., Ausgabenentwicklung 3,9%
 Einnahmenentwicklung: 1,8% p.a., Ausgabenentwicklung 3,9%
 Einnahmenentwicklung: 1,8% p.a., Ausgabenentwicklung 5,8%
 ▲ Entwicklung 2001 bis 2021
 Einnahmenentwicklung: 2,6% p.a., Ausgabenentwicklung 8,8%
 ▲ Entwicklung 2011 bis 2021



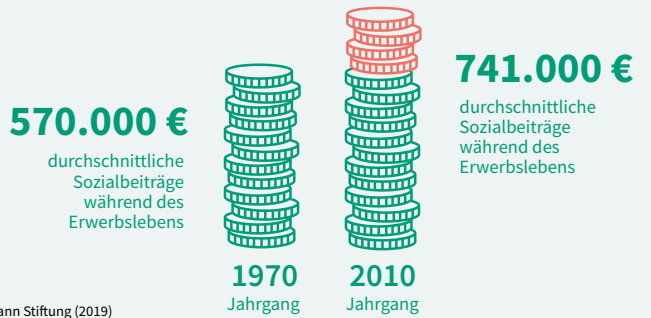
Quelle: PKV-Verband (2022)

Obwohl die Soziale Pflegeversicherung (SPV) der kleinste Sozialversicherungszweig ist, laufen die Kosten hier am meisten aus dem Ruder: Um den stetigen Ausgabenanstieg finanzieren zu können, musste der SPV-Beitragssatz von 1,7 Prozent im Jahr 1997 bis 2022 auf 3,05 Prozent (3,40 Prozent für Kinderlose) steigen. Seit 2015 wurde der SPV-Beitragssatz alle zwei Jahre angehoben. Und 2023 steht die nächste Erhöhung bevor: um weitere 0,35 bis 0,6 Prozentpunkte.

Der Druck auf die Beiträge wird sich in Zukunft weiter erhöhen: Infolge der demografischen Verschiebungen und des Kostendrucks werden die Beitragssätze je nach Szenario im Jahre 2043 zwischen 5,6 und 16,0 Prozent liegen. Das Worst-Case-Szenario stellt sich ein, wenn wir so weitermachen wie in den vergangenen zehn Jahren.

Die Lasten schultern jüngere Generationen. Sie zahlen lebenslang höhere Sozialabgaben als ältere Jahrgänge. Eine Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung verdeutlicht das wachsende Ungleichgewicht der finanziellen Belastungen zwischen den Generationen. Ein 2010 geborener Mensch wird in seinem Leben durchschnittlich ein Drittel mehr Sozialbeiträge als ein im Jahr 1970 Geborener zahlen müssen.

Jüngere Generationen werden immer stärker belastet

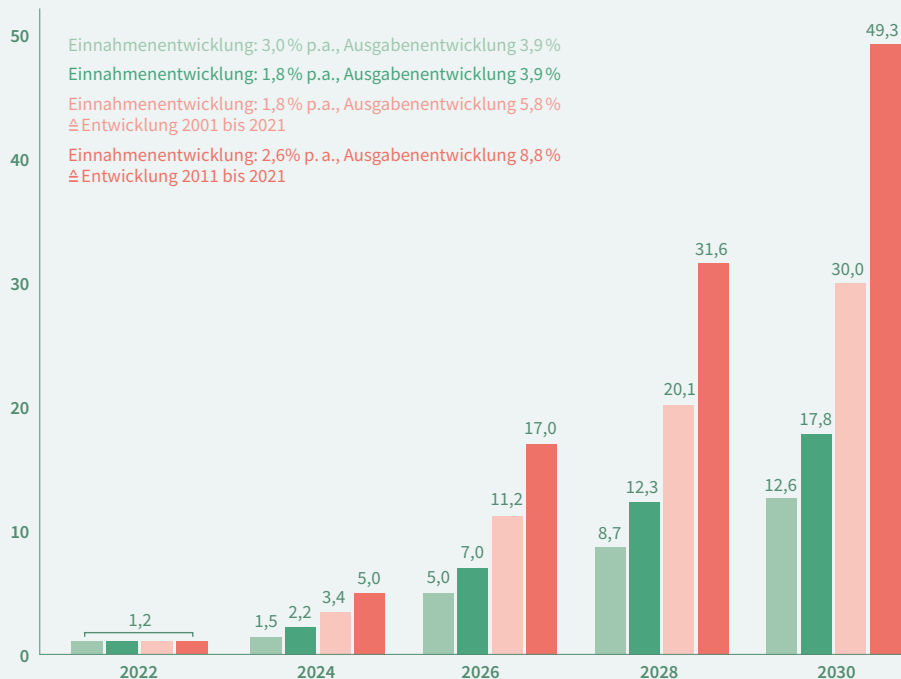


Quelle: Bertelsmann Stiftung (2019)

Alternative Steuerfinanzierung?

Steuerzuschuss, um den SPV-Beitragssatz auf Niveau von 2022 zu halten

Angaben in Milliarden Euro

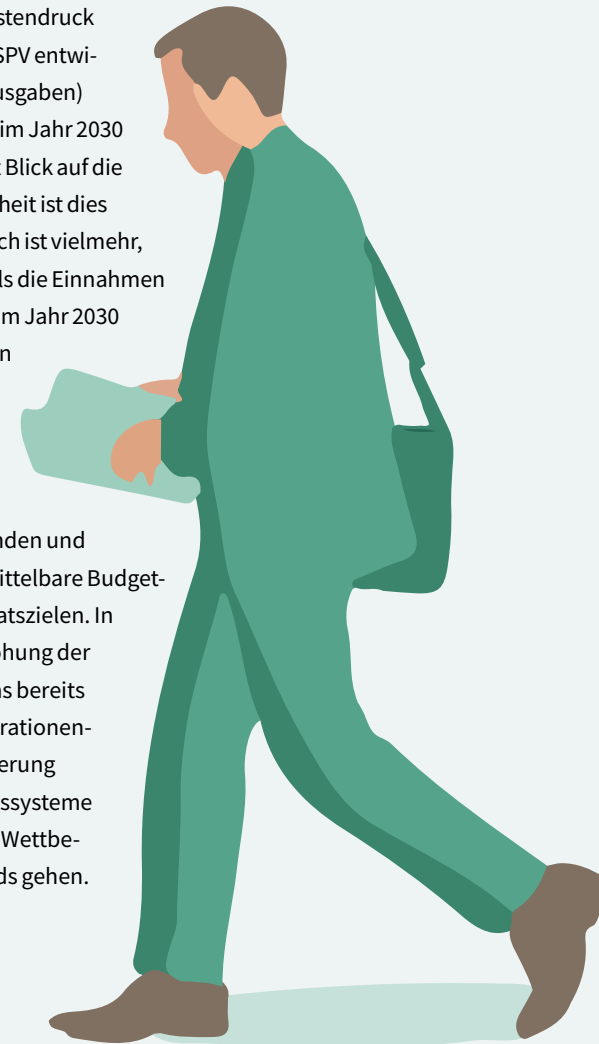


Quelle: PKV-Verband (2022)

In der Politik wird immer wieder gefordert, den Beitragssatz zur Sozialen Pflegeversicherung durch Steuermittel zu stabilisieren. Dies ist jedoch keine nachhaltige Lösung:

Schon im Szenario ohne Kostendruck (d. h. die Einnahmen in der SPV entwickeln sich ähnlich wie die Ausgaben) müsste der Steuerzuschuss im Jahr 2030 12,6 Mrd. Euro betragen. Mit Blick auf die Entwicklung der Vergangenheit ist dies unwahrscheinlich. Realistisch ist vielmehr, dass die Ausgaben stärker als die Einnahmen steigen. In diesem Fall wird im Jahr 2030 bereits ein Steuerzuschuss in Höhe von 17,8 bis 49,3 Mrd. Euro nötig sein.

Diese Steuermilliarden sind allerdings nicht vorhanden und die Pflege geriete so in unmittelbare Budget-Konkurrenz zu anderen Staatszielen. In jeder Variante wird die Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast das bereits bestehende Defizit an Generationengerechtigkeit in der Finanzierung unserer Sozialversicherungssysteme erhöhen bzw. zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gehen.



Private und betriebliche Vorsorge

Das Risiko hoher Pflegekosten lässt sich bezahlbar und generationengerecht absichern: über die private, kapitalgedeckte Vorsorge. Zu dem Ergebnis kommt auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. In seinem Gutachten „Nachhaltige Finanzierungen von Pflegeleistungen“ warnt das Expertengremium vor einer Ausdehnung von umlagefinanzierten Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung, weil dies das strukturelle Defizit zusätzlich erhöhen würde. Stattdessen seien zusätzliche Pflegeleistungen durch eigene Vorsorge abzusichern.

Eine Marktanalyse der unabhängigen Ratingagentur Assekurata zeigt, dass sich der Eigenanteil an den Pflegekosten zu weitaus niedrigeren Prämien absichern lässt als gemeinhin angenommen. Eine vollständige Absicherung der „Pflegelücke“ (Monatsgeld i.H.v. 2.400 Euro bei stationärer Pflege) gibt es für Personen im Alter von 35 Jahren schon ab 56 Euro im Monat. Grundsätzlich gilt: Je früher eine Pflegezusatzversicherung abgeschlossen wird, desto geringer fällt der zu zahlende Beitrag aus.

Pflegezusatzversicherungen eignen sich jedoch nicht nur für Privatpersonen, sondern auch als betriebliche Lösungen. Ende 2019 haben sich die Industriewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und der Arbeitgeberverband Chemie (BAVC) auf die tarifliche Pflegezusatzversicherung „Care Flex Chemie“ geeinigt. Diese arbeitgeberfinanzierte Pflegezusatzversicherung sichert insgesamt rund 460.000 Tarifbeschäftigte und optional 145.000 außertariflich Beschäftigte mit bis zu 1.000 Euro monatlich im Bedarfsfall ab.



Kosten einer Pflegezusatzversicherung zur vollständigen Schließung der Pflegelücke

2.400 Euro im Monat bei stationärer Pflege sowie Monatsgeld bei ambulanter Pflege je nach Pflegegrad

Monatsbeitrag bei Abschluss mit

25 Jahren	ab 37 Euro
35 Jahren	ab 56 Euro
45 Jahren	ab 84 Euro
55 Jahren	ab 132 Euro

Quelle: Morgen und Morgen, ermittelt durch ASSEKURATA (2023)

Partner der Initiative



denkschmiede
gesundheit



Mehr Informationen auf www.generationengerechte-pflege.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Privaten Krankenversicherung e.V.

Gustav-Heinemann-Ufer 74 c | 50968 Köln

Telefon (0221) 99 87-0 | Telefax -39 50 | www.pkv.de | presse@pkv.de



